

**Tages-Anzeiger; 11.02.2009 (S. 5)**

### **Der «Kantönleiger» droht die Kantone zu schwächen**

Obwalden weigert sich, ans KKL Luzern zu zahlen. Und in Bern versucht die SVP, die Pflicht zur kantonalen Zusammenarbeit zu torpedieren. Ist der kooperative Föderalismus am Ende?

Von Beat Bühlmann  
(Artikel im PDF Format)

Nun klemmt Obwalden. Seit über fünf Jahren versuchen Zürich und Luzern, eine interkantonale Vereinbarung zugunsten von Schauspielhaus, Tonhalle und KKL mit ihren Nachbarkantonen abzuschliessen; knapp eine halbe Million Franken hätte Obwalden beisteuern müssen. Doch das Nein im Innerschweizer Halbkanton blockiert erneut das ausgeklügelte Abkommen (TA vom Montag). Erst wenn nach Zug und Schwyz ein weiterer Kanton mitmacht, tritt die Vereinbarung in Kraft. «Mit solchen Volksentscheiden sägen die kleinen Kantone am Stuhl des Föderalismus», sagt der Luzerner Bildungsdirektor Anton Schwingruber.

Dabei wurde die interkantonale Zusammenarbeit erst vor vier Jahren mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) auf eine neue Verfassungsgrundlage gestellt. Die Kantone werden - etwa beim Agglomerationsverkehr, bei der Spitzenmedizin, beim Straf- und Massnahmenvollzug oder bei den überregionalen Kulturinstitutionen - ausdrücklich zur Zusammenarbeit verpflichtet. Zwei Gesetzesartikel zum Finanz- und Lastenausgleich regeln diese Kooperation:

Die Allgemeinverbindlich-Erklärung. Auf Antrag von mindestens 18 Kantonen kann die Bundesversammlung einen interkantonalen Vertrag für die ganze Schweiz verbindlich erklären. Dieser Bundesbeschluss würde dem Referendum unterstehen.

Die Beteiligungspflicht. Die Bundesversammlung kann auf Antrag von mindestens der Hälfte der Kantone, die an einem interkantonalen Vertrag oder an einem definitiv ausgehandelten Vertragsentwurf beteiligt sind, einen oder mehrere Kantone zur Beteiligung verpflichten.

#### Eidgenössischer Friede gefährdet

Doch bevor der neue Verfassungsartikel je zur Anwendung gekommen ist, soll er bereits wieder abgeschafft werden. Mit 18 zu 1 Stimme und 4 Enthaltungen hiess die Staatspolitische Kommission des Nationalrats überraschend einen SVP-Vorstoss gut, der dieses Instrument kurzerhand aufheben will (TA vom 24. 1.). Die SVP will damit das «Unwesen der Konkordate» bekämpfen, wie Nationalrat Hans Fehr sagt, und gleichzeitig die Macht der kantonalen Regierungskonferenzen eindämmen - «und natürlich spielt auch Harnos hinein», wie Fehr beifügt.

Die Linke machte mit, weil sie das Demokratiedefizit der Konkordate schon früher kritisiert hat und ohnehin lieber auf Bundeslösungen setzt - wie das für das Schulwesen im Konfliktfall so oder so über den Bildungsartikel vorgesehen ist. «Wer die Kantone zu interkantonalen Abkommen zwingen will, gefährdet den freundeidgenössischen Frieden», sagt SP-Nationalrat Andi Gross. Auch der Freiburger Staatsrechtler Peter Hänni glaubt nicht, dass der Föderalismus mit Zwang funktioniert. «Dieses Instrument wurde überschätzt, das war eine Schreibtischgeburt.»

#### Ein Hauptpfeiler des NFA

Dennoch erstaunt die Kehrtwende im Parlament, denn diese Fragen wurden im Vorfeld der NFA-Abstimmung ausgiebig diskutiert. Der Schwyzer Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, reagierte denn auch «ziemlich erstaunt» auf den Kommissionsbeschluss. «Das ist ein voreiliger Entscheid, den ich sachlich nicht nachvollziehen kann.» Es gehe ja nicht darum, die Kantone zu vergewaltigen, sondern im Gegenteil deren Autonomie zu stärken.

Auch Gérard Wettstein, der ehemalige NFA-Projektleiter, wundert sich über die Staatspolitische Kommission. «Verbindliche Regeln für die interkantonale Zusammenarbeit waren ein Hauptpfeiler des NFA, um die Zentrumslasten besser zu verteilen.» Der Zürcher Politologe Adrian Vatter, der die neuen NFA-Regeln als «Fortschritt für den schweizerischen Föderalismus» sieht, kritisiert die überstürzte Verfassungsrevision als Rückschritt. «Reformen werden eher blockiert, und die Trittbrettfahrer profitieren.»

### Korrektur im Ständerat?

In der Staatspolitischen Kommission des Ständerats, die das Geschäft voraussichtlich am 26. März behandeln wird, dürfte der Streichungsantrag mehr zu reden geben. «Ich mache ein grosses Fragezeichen zu diesem Vorschlag», sagt CVP-Ständerat Urs Schwaller. «Das läuft in die falsche Richtung, der kooperative Föderalismus wird so nicht gestärkt.» Nur wenn die Kantone zur Zusammenarbeit verpflichtet würden, könnten sie sich auf Dauer gegenüber dem Bund behaupten. «Wer den Verfassungsartikel aushöhlt, wird sich noch die Augen reiben», sagt Schwaller. «Denn langfristig würde das nur den Zentralismus stärken.»

Und was tut der Kanton Luzern? Bildungsdirektor Anton Schwingruber will zuerst neu verhandeln, dann allenfalls die Standortvorteile, die heute Luzern angelastet werden, abschaffen und als «Ultima Ratio», wie er sagt, auf die in der Verfassung vorgesehene Beteiligungspflicht zurückgreifen. Sie gilt nur für regionale Vereinbarungen und stand in der Nationalrätlichen Kommission gar nicht zur Diskussion. «Die Zeiten sind vorbei, da sich die Standortkantone melken lassen», sagt Schwingruber. «Der interkantonale Lastenausgleich ist dringend nötig.»